

Die Wiedervereinigung – eine ökonomische Erfolgsgeschichte

Von Karl Brenke, Marcel Fratzscher, Markus M. Grabka, Elke Holst, Sebastian Hülle, Stefan Liebig, Maximilian Priem, Anika Rasner, Pia S. Schober, Jürgen Schupp, Juliane F. Stahl und Anna Wieber

Die Erwartungen der Menschen nach dem Mauerfall vor 25 Jahren und der Wiedervereinigung 1990 waren enorm. Die Regierung versprach, innerhalb weniger Jahre „blühende Landschaften“ zu schaffen. Die Euphorie der Wiedervereinigung kam nicht nur durch den Wunsch zustande, endlich wieder ein Land und eine Nation zu sein, sondern hatte auch handfeste wirtschaftliche Gründe: Die Menschen in Ostdeutschland wollten eine bessere wirtschaftliche Perspektive, mehr Chancen, ihre Möglichkeiten zu verwirklichen und letztlich mehr Wohlstand für sich und künftige Generationen zu schaffen. Die Westdeutschen erhofften sich einen Boom.

Das Versprechen erwies sich sehr schnell als eine Illusion. Und es wurden – aus rein ökonomischer Sicht – wirtschaftspolitische Fehler gemacht, wie etwa die Währungsunion zu einem Wechselkurs, der wirtschaftlich die Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands schnell sinken ließ und zumindest anfänglich zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit beitrug. Und die Privatisierung durch die Treuhandanstalt war wahrscheinlich übereilt. Ist jedoch die Wiedervereinigung deshalb aus wirtschaftspolitischer Perspektive gescheitert? Es wäre falsch, das politische Versprechen vom schnellen Wohlstand als Maß für den Erfolg der Wiedervereinigung zu nehmen.

Die Frage nach einem realistischen Ziel und Kriterium für eine systematische wirtschaftspolitische Bewertung der Wiedervereinigung ist schwer zu beantworten. Die Annäherung, oder Konvergenz, der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland ist ein Maß, das diesem Ziel der Bewertung nahe kommt. Es wäre jedoch irreführend, unter Konvergenz eine völlige Gleichheit aller wirtschaftlichen Indikatoren zu verstehen. Eine Gleichheit in Einkommen,

Produktivität oder Vermögen wird es innerhalb einer Volkswirtschaft und eines Landes nie geben können. Jedes noch so kleine und stark integrierte Land wird immer Unterschiede zwischen Regionen und selbst innerhalb von Regionen aufweisen. Auch die verschiedenen Regionen in Westdeutschland haben seit 1945 keinen Konvergenzprozess durchgemacht, der zu einer vollständigen wirtschaftlichen Angleichung geführt hätte.

Ganz im Gegenteil: Häufig gibt es zeitweise Divergenzen, also auseinanderlaufende Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Bedingungen, manchmal wandeln sich relativ arme Regionen zu den leistungsstärksten. Das Beispiel Bayerns ist nur eines, das zeigt, dass auch Westdeutschland einen solchen Prozess erfahren hat. Aber Länder wie Italien und Spanien haben sehr große und anhaltende Unterschiede über Regionen hinweg, die sich seit Jahrhunderten nicht ausgeglichen haben, sondern durch die Globalisierung eher noch größer geworden sind.

Der vorliegende Wochenbericht des DIW Berlin will zunächst einen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Bewertung der Wiedervereinigung leisten. Wie haben sich Einkommen, Produktivität und Löhne in Westdeutschland und in Ostdeutschland angeglichen? Wie sind verschiedene Bevölkerungsgruppen von der Wiedervereinigung beeinflusst worden? Wie haben sich Vermögen und Wohlstand im Vergleich der beiden Teile Deutschlands entwickelt? Dies sind die zentralen Fragen, die in den Aufsätzen des ersten Teils dieses Wochenberichts analysiert werden.

Der Artikel „Ostdeutschland – ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens“ von Karl Brenke zeigt, dass der Osten immer noch bei der Wirtschaftsleistung und den Ein-

kommen dem Westen weit hinterherhinkt. Das strukturell größte Problem stellt die geringe Produktivität, die starke Ausrichtung auf ausführende Funktionen dar. Der größte Erfolg besteht in einer gelungenen Re-Industrialisierung.

Der zweite Artikel von Markus Grabka „Private Vermögen in Ost- und Westdeutschland gleichen sich nur langsam an“ analysiert die Vermögen der Deutschen in den beiden Landesteilen.¹ Auch 25 Jahre nach dem Mauerfall halten die Haushalte in Ostdeutschland mit 67 400 Euro nicht einmal halb so viel Vermögen wie Westdeutsche. Der Immobilienbesitz als quantitativ wichtigste Vermögensform hat zwar in beiden Landesteilen seit 1990 deutlich zugenommen, aber weiterhin klafft eine Lücke von 15 Prozentpunkten in der Eigentümerquote zwischen Ost und West. Sowohl hinsichtlich der durchschnittlichen Wohnfläche als auch bezüglich der Ausstattung der Immobilien gab es hingegen seit dem Mauerfall eine deutliche Annäherung.

Kurzum, die ersten beiden Artikel zeigen deutlich, dass eine ökonomische Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland zwar stattgefunden hat, dass wir aber nach wie vor weit von einer vollen Gleichheit entfernt sind.

Da aber – wie gezeigt – eine volle Gleichheit von Lebensbedingungen über Regionen hinweg kein realistisches Maß für eine wirtschaftspolitische Bewertung der Wiedervereinigung sein kann, wäre wohl ein Vergleich mit regionalen Unterschieden in Westdeutschland oder alternativ in anderen Ländern wie Frankreich oder Italien sinnvoll. Nach 40 Jahren Planwirtschaft ist es in vielerlei Hinsicht auch erstaunlich, dass es gelungen ist, die ostdeutsche Wirtschaft neu zu erfinden und den Menschen in den ostdeutschen Ländern eine gute wirtschaftliche Zukunftsperspektive zu eröffnen.

Wenn wir von einer Konvergenz oder Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland sprechen, wird häufig angenommen, dass die Veränderung in Ostdeutschland stattfindet mit dem Ziel,

sich Westdeutschland anzunähern. Gesamtwirtschaftlich gab es sicherlich meist eine wirtschaftliche Annäherung Ostdeutschlands an die westdeutschen Bedingungen. Gilt dies jedoch auch für individuelle wirtschaftliche Lebenslagen, und vor allem für gesellschaftliche und soziale Entwicklungen? Ist Westdeutschland tatsächlich in allen Aspekten das Ideal für Ostdeutschland gewesen? Oder gab es nicht auch Bereiche, in denen Westdeutschland von Ostdeutschland gelernt hat?

Es wäre überheblich, die Wiedervereinigung lediglich als Ausweitung des wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Systems Westdeutschlands zu sehen. Denn auch wenn die soziale Marktwirtschaft Westdeutschlands der Planwirtschaft Ostdeutschlands zweifelsohne überlegen war, so hat Ostdeutschland eine Reihe wichtiger sozialer und gesellschaftlicher Modelle und Eigenschaften mit in das wiedervereinigte Deutschland gebracht, die mittlerweile zu einem anerkannten Standard geworden sind.

Die weiteren Artikel behandeln daher die Frage, ob Deutschland durch die Wiedervereinigung ein anderes Land geworden ist. Zuerst geht es um zwei Bereiche, in denen Ostdeutschland das Denken und Handeln der vergangenen 25 Jahre in ganz Deutschland stark beeinflusst hat – die Frage des Familienmodells und der Kinderbetreuung sowie die Rolle der Frauen. In den beiden abschließenden Artikeln werden Fragen der Zufriedenheit behandelt.

Der erste Artikel in diesem zweiten Teil von Elke Holst und Anna Wieber mit dem Titel „Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn“ zeigt, dass sich zwar die Erwerbstätigenquoten von Frauen in Ost- und Westdeutschland weitgehend angenähert haben, der Erwerbsumfang und die Erwerbswünsche bei ostdeutschen Frauen jedoch deutlich höher liegen. Besonders deutlich ist dies bei den Müttern zu beobachten. Bei den Männern sind hingegen kaum Unterschiede festzustellen.

Diese Unterschiede im Bereich Gender zeigen sich auch bei der Vorsorge, und vor allem den Rentenansprüchen von Männern und Frauen in West- und Ostdeutschland. Der Artikel von Anika Rasner „Geschlechtsspezifische Rentenlücke in Ost und West“ zeigt, dass die geschlechts-

¹ Dieser Artikel und die darauf folgenden beruhen auf dem von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des DIW Berlin erhobenen Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), das als jährliche Wiederholungsbefragung bei denselben Personen 1984 in Westdeutschland gestartet wurde und im Juni 1990 – also unmittelbar vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion – seine Erhebung auf die DDR ausweiten konnte.

spezifischen Unterschiede in den Altersrenten generell kleiner geworden sind. In Westdeutschland sind sie aber weiterhin größer als in Ostdeutschland. Auch für die Zukunft wird für ostdeutsche Frauen ein deutlich höheres Rentenniveau als für westdeutsche Frauen vorhergesagt, wohingegen ostdeutsche Männer mit rückläufigen Rentenanwartschaften rechnen müssen.

Vor allem beim Familienmodell und der Kinderbetreuung gab es vor der Wiedervereinigung große Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Der dritte Artikel „Trends in der Kinderbetreuung – sozioökonomische Unterschiede verstärken sich in Ost und West“ von Pia Schober und Juliane Stahl untersucht, wie sich die Nutzung von Kindertagesbetreuung sowie informeller Betreuung für Kinder unter drei Jahren seit der Wiedervereinigung in beiden Landesteilen verändert hat. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf unterschiedliche Entwicklungen in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Hintergrund von Familien gelegt. Als Hauptergebnis lässt sich festhalten, dass sich sozioökonomische Unterschiede in der Nutzung von Kinderbetreuung im Kontext fortbestehender Ost-West-Differenzen verstärkt haben.

Diese beiden Bereiche sind nur ausgewählte Beispiele dafür, dass Ostdeutschland sehr wohl einen großen Einfluss auf das soziale und gesellschaftliche Leben in Deutschland gehabt hat und weiterhin hat. Auch wenn diese beiden Bereiche in erster Linie als gesellschaftspolitische Themen angesehen werden, so haben sie doch eine große Auswirkung auch auf die deutsche Wirtschaft und ihre Leistungsfähigkeit gehabt. Denn ein entscheidender Erfolg, den Deutschland heute zu verzeichnen hat, ist sein Beschäftigungswunder. Hier geht es nicht nur um die Senkung der Arbeitslosigkeit von weit über zehn Prozent Anfang der 2000er Jahre auf deutlich unter sieben Prozent heute. Sondern es geht auch darum, dass heute sehr viel mehr Menschen, und vor allem Frauen, in Beschäftigung kommen konnten. Auch wenn es nach wie vor große

Schwächen und Aufholbedarf gibt, so hat die Wiedervereinigung und der Einfluss Ostdeutschlands der gesamten Wirtschaft zu mehr Erfolg und Dynamik verholfen.

Nicht nur Einkommen und Vermögen bleiben in Deutschland, und gerade auch zwischen West- und Ostdeutschland, sehr ungleich verteilt. Auch beim Gerechtigkeitsgefühl zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Der nächste Artikel „Löhne werden in Ostdeutschland weiterhin als ungerechter empfunden als im Westen“ von Stefan Liebig, Sebastian Hülle und Jürgen Schupp analysiert die subjektiv empfundene Gerechtigkeit in Bezug auf den eigenen Lohn. Danach bewerteten im Jahr 2013 in Ostdeutschland rund 44 Prozent der Beschäftigten ihr Einkommen als ungerecht, in Westdeutschland war dies bei etwa jedem Dritten der Fall. Die Analysen machen auch deutlich, dass es gerade die Bezieher niedriger bis mittlerer Einkommen und insbesondere Facharbeiter sind, die ihr Nettoeinkommen über die Zeit stabil als ungerecht empfinden. Dazu trägt auch die Einkommensbesteuerung bei.

Der letzte Artikel, von Maximilian Priem und Jürgen Schupp, untersucht die Lebenszufriedenheit und die Sorgen der Menschen in Ost- und Westdeutschland. Trotz steigender Lebenszufriedenheit in den neuen gegenüber den alten Bundesländern, konnte der Ost-West-Unterschied immer noch nicht nivelliert werden. Die Menschen in Ostdeutschland waren im Jahr 2013 mit dem Leben insgesamt signifikant weniger zufrieden als die in Westdeutschland, obwohl die allgemeine Zufriedenheit in den neuen Bundesländern so hoch ist wie noch nie im Zeitraum der Erhebung, die dort im Juni 1990 begann. Angeglichen haben sich die Zufriedenheiten mit der Wohnung, der Haushaltstätigkeit, Arbeit und Freizeit. Die Menschen in Ostdeutschland sorgen sich stärker um die eigene wirtschaftliche Situation und um Kriminalität, während die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz und vor Ausländerfeindlichkeit in ganz Deutschland abgenommen haben.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Elisabeth Liebau
Dr. Stefan Bach
Alexander Eickelpasch
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Ronny Freier, Ph.D.
Andreas Thiemann
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.